



 **Anne
Janssen**
Mitglied des Bundestages

AUSGABE II /2023

Foto: A. Hildebrandt · Tobias Koch, Berlin

— Anne Janssen zur Frauenrechtskonferenz — der Vereinten Nationen in New York und Washington

Die Lage der iranischen Frauen ist nach wie vor prekär und die humanitäre Situation für Mädchen und Frauen in den Erdbebengebieten der Türkei und Syrien, aber auch in der Ukraine sind im Schnitt noch einmal deutlich schwieriger als die Lage der Männer. Nach einer Woche als Teil der deutschen Delegation auf der 67. Frauenrechtskonferenz der UN in New York, USA, bringt die Bundestagsabgeordnete Anne Janssen jetzt einen Koffer voller ernüchternder Fakten mit zurück nach Berlin, aber auch viele gute Ansätze und Beispiele, von denen auch die deutsche Politik lernen kann. Zum Beispiel im Bereich Gesundheit, in dem künstliche Intelligenz (KI) eine maßgebliche Unterstützung bei Früherkennungsverfahren von Hautkrebs leisten kann. „Die Entwicklung dieser Verfahren ist rasant und bietet große Chancen. Nur zeigt sich, dass diese aktuell ungleich verteilt sind auf weibliche und männliche Patienten.“, erklärt Anne Janssen und berichtet weiter: „Auch in Verfahren der Gesichtserkennung und zahllosen weiteren Bereichen ist KI bereits ein fester und nützlicher Bestandteil oder wird es bald werden. Umso wichtiger, dass sich nicht systematische Unterschiede einschleichen, die

mit dem vermehrten Einsatz der Technik wachsen. Grenzen und nicht zu vergessen auch Risiken müssen schneller und deutlicher identifiziert und adressiert werden, denn sie integriert sich längst in unseren Alltag.“ Das Gute sei, man könne von den Erfah-

rungen anderer Länder lernen und darauf aufbauen.

Gleiches gilt auch für die Themen Prostitution und die Gesetzgebung zum Thema Geburtenkontrolle, die im Rahmen der Konferenz ebenfalls Schwerpunkte im Austausch mit anderen

Delegationen, zum Beispiel aus Schweden, Neuseeland oder Israel, bildeten. „Mit dem nordischen Modell fahren einige unserer europäischen Nachbarn zum Beispiel einen grundsätzlich anderen Ansatz in Bezug auf das Thema Prostitution.“

Die Konferenz, an der Anne Janssen bereits zum zweiten Mal als Delegationsmitglied teilnahm, machte auch deutlich: „Frauenthemen“ sind Gesellschaftsthemen und können nur als solche gelöst werden. „Wir haben auch über ein familienfreundliches Parlament diskutiert. Das betrifft nicht speziell Frauen, sondern alle Abgeordneten.“

Die Erfahrungen, Lösungen, aber auch Schwierigkeiten der anderen Teilnehmerländer fließen jetzt in die parlamentarische Arbeit von Anne Janssen und ihren Delegationskolleginnen ein. „Wenn wir den internationalen Austausch richtig nutzen und daraus lernen, profitieren wir in Deutschland mit Zeit und Wissen.“ Was sich übertragen lässt, muss sich nun zeigen.



Anne Janssen MdB bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York

Update Arzneimittelversorgung: Große Reform bleibt hinter Erwartungen zurrück

Die Versorgungslage mit Arzneimitteln hat sich in den letzten Monaten massiv verschlechtert. Fiebersäfte, Antibiotika, Insulin oder Krebsmedikamente waren im Winter flächendeckend kaum erhältlich oder komplett vergriffen. In der Not rührten manche Apotheken den Fiebersaft sogar selbst an. Wegen der Produktionsverlagerung und -konzentration vieler Arzneimittel oder Grundstoffe in asiatische Länder hat Deutschland seinen Status als „Apotheke der Welt“ verloren.

Seit Januar fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor diesem Hintergrund von der Bundesregierung, einen Beschaffungsgipfel einzuberufen, um die Versorgungssicherheit für Patienten zu gewährleisten. Die Voraussetzungen für eine europäische Produktion müssen geschaffen sowie eine Reserve für Arzneimittel aufgebaut werden.

Den Ernst der Lage untermauerte auch der Protest der Apotheker als am 15. Juni viele der rund 18.000 öffentlichen Apotheken bundesweit geschlossen blieben. Der zunehmende bürokratische Aufwand bei gleichbleibender Vergütung stellt eine enorme Belastung für

alle Apotheker dar. Wenn Medikamente nicht über die Hersteller oder den Großhandel bezogen werden können, müssen die Apotheker schnell handeln. Das Ausweichen auf alternative Mittel erfordert aufwändige Rücksprachen mit Ärzten bezüglich des Rezepts. Bei formalen Fehlern besteht sogar die Gefahr, dass Krankenkassen die Kostenübernahme verweigern. Der Zehn-Punkte-Forderungskatalog der Apotheker umfasst daher nicht nur eine Erhöhung der Vergütung, sondern auch mehr Handlungsfreiheiten, um eine unbürokratische Versorgung bei Lieferengpässen zu gewährleisten und die Ärzte zu entlasten.

Das im Mai von der Bundesregierung vorgelegte Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz sieht nun Änderungen der Festbeträge, Rabattverträge und der Versorgung mit Kinderarzneimitteln vor. Um die Anbietervielfalt zu erhöhen, müssen Antibiotika mit Wirkstoffproduktion in der EU und im Europäischen Wirtschaftsraum zudem zukünftig bei Ausschreibungen von Kassenverträgen zusätzlich berücksichtigt werden. Ferner soll die Verfüg-

barkeit von Arzneimitteln mit neuen Austauschregeln für Apotheken gestärkt werden. Gesundheitsexperten sehen jedoch deutlichen Nachbesserungsbedarf bei den geplanten Regelungen. So warnten die Krankenkassen in der öffentlichen Anhörung vor den steigenden Kosten für die Solidargemeinschaft. Verschiedene Pharmaverbände machten deutlich, dass vermutlich keine nachhaltige Lösung der Engpassproblematik zu erwarten ist. Sie verwiesen auf die unterschiedlichen Abschlüsse, die in ihrem Zusammenwirken keinen Anreiz darstellen, in Deutschland zu produzieren und zu forschen. Die Erwartungen der Apotheker dämpfte Bundesgesundheitsminister Lauterbach persönlich und verwies auf Haushaltsvorgaben und die Finanzprobleme der Krankenversicherung. Unter aktuellen Umständen sei für höhere Honorare der Apotheker kein Raum und es sei nach wie vor ein sehr gut bezahlter Beruf. Die Union bewertet den Gesetzentwurf als unzureichend angesichts der aktuellen Herausforderungen und positionierte sich am 23. Juni dagegen.

Neue Demenz Partner für die Region

Mit fast 2 Millionen Erkrankten und etwa 400.000 neuen Fällen jährlich zählt Demenz in Deutschland mittlerweile zu den Volkskrankheiten. Und nicht nur die Patienten selbst, auch ihr Umfeld - Familie, Freunde oder Nachbarn - zählen zu den Betroffenen. Trotz der mittlerweile weiten Verbreitung scheint es im Wissen um den Verlauf und praktische Hilfestellungen für den Umgang im Alltag großen Nachholbedarf zu geben. Dies bestätigten auch zwei Kompaktkurse in Wittmund und Wilhelmshaven, die Anne Janssen MdB jetzt in Zusammenarbeit mit der Deutschen Alzheimergesellschaft anbieten durfte.

In den 90 minütigen kostenlosen Kursen, die die örtlichen Gruppen der Gesellschaft deutschlandweit regelmäßig anbieten, vermitteln erfahrene Dozentinnen und Dozenten einen Überblick und geben Betroffenen und Angehörigen, die sich oft hilflos fühlen, Hinweise für den Alltag. Aber auch diejenigen, die zum Beispiel aufgrund ihres Berufes häufiger Kontakt zu Demenzerkrankten haben, werden mit diesem Angebot angesprochen. Sie werden zu Demenz Partnern.

“Ein ganz herzliches Dankeschön an die Alzheimer Gesellschaft Wilhelmshaven-Friesland als Gruppe vor Ort und die SeKo in Wittmund bzw. die Johanniter in Wilhelmshaven für die Beherbergung der Kurse!“, so Anne Janssen. “Die Nachfrage war riesig. Persönliche Gespräche mit den Teilnehmern unterstrichen: Alle, ob unmittelbar betroffen oder nicht, wünschten sich ein gutes und menschliches Miteinan-

der in ihrem beruflichen und privaten Alltag. Doch besonders in Konfliktsituationen, wenn verletzend Worte fallen oder Geduld trotz Zeitdruck gefragt ist, sehen sich viele vor einer großen Herausforderung.“ Dabei sei das Ge-



fühl der Überforderung allen gemeinsam, niemand sei allein.

Klar ist, die Anzahl der Menschen mit Demenzerkrankung wird wachsen. Dabei verunsichere der schleichende und daher zu Beginn oft unentdeckte Verlauf viele Menschen verständlicherweise sehr. “Zu Beginn sind häufig Kurzzeitgedächtnis und Merkfähigkeit gestört, Betroffene werden „tüddelig“.“ Wie aber kann man für sich selbst und für Angehörige unterscheiden zwischen ‚normaler‘ Vergesslichkeit und Krankheit? Denn natürlich ist nicht jeder verschusselte Einkaufszettel Anzeichen einer

Demenz. Aufschluss kann etwa der Besuch beim Hausarzt geben, doch die Überwindung ist groß. Was, wenn es wirklich so ist? Dabei hilft gerade eine frühzeitige Entdeckung. Um mehr Unterstützung zu ermöglichen und der Volkskrankheit besser zu begegnen, hat der Bund bereits in der letzten Legislatur daher die Nationale Demenzstrategie beschlossen, die durch das Bundesfamilienministerium und das Gesundheitsministerium begleitet wird. Ziel ist, mit mehr als 160 Einzelmaßnahmen auf 4 Handlungsfeldern die Situation für Betroffene und ihr Umfeld bis 2026 zu verbessern. “Auch ich werde mich hier weiter stark machen.“, so Anne Janssen. Ein erster weiterer Schritt ist eine schriftliche Anfrage im Bundestag zu in den letzten 10 Jahren bereitgestellten und zukünftig geplanten Mitteln zur Erforschung der Erkrankung. Diese ergab unter anderem den Einsatz von mehr als 759 Millionen Euro zwischen 2013 und 2022, die über das Bundesministerium für Bildung und Forschung an das im Jahr 2009 gegründete Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE) e.V. für Maßnahmen geflossen sind und gut 45 Millionen Euro, die im Rahmen einer Projektförderung an die seit dem Jahr 2009 existierende europäische Initiative „EU Joint Programme – Neurodegenerative Disease Research (JPND)“ flossen. “Wenn wir Demenz weiter in den Erkrankungszahlen entsprechender Weise begegnen wollen, müssen Forschung und Maßnahmen weiter in angemessener Höhe unterstützt werden.”

Blick hinter die Kulissen der Papier- und Kartonfabrik

Zusammen mit ihrer Landtagskollegin Katharina Jensen konnte Anne Janssen jetzt bei einem Besuch in der Papier- und Kartonfabrik Varel (PKV) einen Blick hinter die Kulissen werfen. "Der Einblick in die einzelnen Produktionsschritte war hochinteressant. Der Rohstoff Papier kann 25-fach oder häufiger immer wieder recycelt und wiederverwendet werden, was ihn gerade mit Blick auf Nachhaltigkeit besonders spannend macht.", führt Anne Janssen aus.

Doch gerade dieser Punkt macht Papier- und Kartonherstellern aktuell Sorgen, denn eine EU-Verpackungsverordnung, die Packaging and Packaging Waste Regulation (kurz PPWR) scheint in eine andere Richtung zu zielen. Sie sieht unter anderem vor, zukünftig die Verwendung von Mehrweg- vor Recyclingverpackungen mit einer verpflichtenden Quote zu regeln. So soll dies zum Beispiel für den Versand von Haushaltsgroßgeräten und im Non-Food-Bereich gelten. "Das Ziel, Verpackungsmüll zu minimieren und Verpackungen nachhaltiger zu gestalten, wie zum Beispiel durch ein Verbot von Over-Packaging, ist im Sinne des Klimaschutzes. Die Regelung zu Mehrwegverpackungen scheint allerdings nur auf den ersten Blick vereinbar und bei genauerer Betrachtung ein Schritt in die entgegengesetzte Richtung.", so Anne Janssen. So würden etwa Mehrwegverpackungen aus Kunststoff nicht nur in der Herstellung nicht unbedingt umweltfreundlicher sein, sie könnten etwa durch ein höheres Transportgewicht und eine aufwändige Rücknahmelogistik im schlimmsten Fall zu einem gegenteiligen Ergebnis und einer insgesamt höheren Belastung führen. "Wir brauchen allerdings Maßnahmen, die nicht nur gut klingen, sondern auch gut wirken.", betont Anne



Katharina Jensen MdL, Anne Janssen MdB
und PKV-Gesellschafter Kristian Evers

Janssen. Aktuell sei die Verordnung noch in einem Abstimmungsprozess. "Am Ende muss eine zielführende und im wahrsten Sinne nachhaltige Lösung stehen und es gilt, sich von deutscher Seite aus auf europäischer Ebene zu engagieren."

Und auch weitere Punkte wie die stark gestiegenen Exportkosten, machten den deutschen Papier- und Kartonherstellern zu schaffen, wie die beiden Abgeordneten bei ihrem Besuch erfuhren. Als Dauerthema der Branche gilt Energieeffizienz. Dem begegnet die Papier- und Kartonfabrik nach eigenen Aussagen seit Jahren mit verschiedenen Maßnahmen. So achte man in der Logistik zum Beispiel darauf, dass LKW keine Leerfahrten machen müssten und arbeite kontinuierlich an der Einsparung von Wasser mittels modernster Technik und der hausinternen Wiederaufbereitung und -verwendung. Die noch vor Kurzem erhebliche Rohstoffknappheit sei hingegen aktuell keine

Herausforderung, der internationale Markt jedoch grundsätzlich sehr volatil.

Die Forderung an die Politik im Rahmen des Gespräches war zuvorderst, klare Signale in puncto Energiequelle der Zukunft zu setzen. Der Prozess der Umstellung zum Beispiel auf Strom als hauptsächliche Energiequelle benötigt dem Unternehmen zufolge einige Jahre, unter anderem da zum Beispiel die dementssprechende Anbindung ans Netz ein langwieriger Planungs- und auch Genehmigungsprozess sei. Ebenso die Anschaffung oder Umrüstung großer Produktionsanlagen. "Auch Unternehmen, die im Thema Energiewende vorangehen wollen, können in der Regel nicht von heute auf morgen den Schalter umlegen. Ohne eine gewisse Planungssicherheit ist es mindestens unwahrscheinlich, dass dieser Prozess überhaupt ins Rollen kommt.", so Anne Janssen. Die kürzliche Entscheidung der PKV gegen eine Investition in einen Standort in Wilhelmshaven habe gezeigt, dass Unternehmen aus verschiedenen Gründen mit größeren Investitionen deutlich vorsichtiger geworden seien. "Unschlüssigkeit oder Untätigkeit in grundsätzlichen Fragen wie der Energieversorgung befördern die Vorsicht noch, das kann aber nicht das Ziel sein."



Blutspenden sind jetzt gefragt - macht mit!

Sommerzeit ist Mangelzeit, wenn es um Blutkonserven geht. Jedes Jahr nimmt die Zahl der Blutspenden vor allem rund um die auch jetzt wieder anstehende Urlaubssaison ab. Um möglichen Engpässen etwas vorzubeugen und rund um die lebensrettenden Spenden zu informieren, beteiligen sich zahlreiche Helferorganisationen, aber auch Vereine oder Unternehmen mit eigenen Aktionen am Weltblutspendetag.

Auch der Bundestag krepelte kürzlich wieder die Ärmel hoch und Abgeordnete und ihre Teams spendeten fleißig. Für Anne Janssen gab es im Anschluss sogar einen kleinen Blumenstrauß und ein Danke von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und Gerda Hasselfeldt, der Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, denn Janssens Spende war die 10.000ste. „Jeden Tag werden in Deutschland allein 14.000 Blutspenden etwa für die Akuthilfe,

Operationen, bei der Krebstherapie oder bei Immunkrankheiten benötigt. Wir alle hoffen, dass wir im Ernstfall gut versorgt werden können und sind dafür auf die freiwillige Hilfe von anderen angewiesen. Wenn nicht gesundheitliche Gründe dagegen sprechen, kann man eine Spende gut verkraften.“, so Anne Janssen, die auch ausgebildete Krankenschwester ist.

Bereits seit 20 Jahren stellen der Bundestag und das Deutsche Rote Kreuz in Kooperation solche Spendentermine auf die Beine. Wer nun selbst einen Beitrag leisten möchte, informiert sich am besten bei den örtlichen Hilfsorganisationen wie zum Beispiel dem DRK, die regelmäßig Termine anbieten.



DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt,
Bundestagspräsidentin Bärbel Bas,
Anne Janssen MdB

Foto: DRK-Blutspendedienst Nord-Ost/
Gerome Kochan, Eventpress

Tourismus stärken und Chancen nutzen

Im Tourismusbereich arbeiten in Deutschland 3,2 Millionen Menschen direkt, mittelbar sogar fast sechs Millionen. Der Wirtschaftszweig Tourismus erwirtschaftet mit 105 Milliarden Euro knapp vier Prozent der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Insbesondere in den Küstenregionen ist Tourismus oft ein Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der erhebliche zusätzliche Kaufkraft in Dörfer und Städte bringt. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur regionalen Wertschöpfung, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Lebensqualität, zur Attraktivität als Wohnort und Arbeitsplatz, zur Pflege von Brauchtum und Traditionen sowie zur Sicherung der kommunalen und regionalen Infrastruktur beibringen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher zehn Kernforderungen an die Bundesregierung gestellt, mit denen der Tourismus nachhaltig gestärkt werden kann. „Die für unsere Region und mich besonders wichtigen Punkte sind dabei die dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie auf sieben

Prozent, die Bekämpfung des Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels sowie die Förderung des Caravaning-Tourismus“, kommentiert die Bundestagsabgeordnete Anne Janssen das Positionspapier.

Das Positionspapier fordert erneut die Entfristung der ermäßigten Mehrwertsteuer für die Gastronomie. Erst kürzlich haben die Ampel-Fraktionen den Gesetzentwurf der Union dazu mit dem Argument, „er gehe zwar in die richtige Richtung, nur der Zeitpunkt sei falsch“ abgelehnt. „Für mich und meine Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion ist aber ganz klar: Der richtige Zeitpunkt ist jetzt. Ein Auslaufen des ermäßigten Steuersatzes am Ende des Jahres bedeutet auch eine grundsätzliche Wettbewerbsbenachteiligung innerhalb Europas“, kritisiert Anne Janssen die Koalition.

Auch beim Fach- und Arbeitskräftemangel sieht das Positionspapier konkreten Handlungsbedarf. Die Branche braucht mehr gesellschaftliche Wertschätzung für die touristischen Berufe, sie bietet gute Einstiegs-

und Aufstiegschancen, auch für gering qualifizierte Arbeitskräfte. Dabei ist es in touristischen Berufen aufgrund der täglichen, wöchentlichen und jährlichen Öffnungszeiten häufig gut möglich, auf flexible Arbeitsbedürfnisse der Mitarbeiter einzugehen. Das geht allerdings nur mit größerer Flexibilität des Arbeitszeitgesetzes. Mit wöchentlichen statt täglichen Höchstarbeitszeiten sollten Veränderungen einer modernen Arbeitswelt berücksichtigt werden.

Reisen mit Wohnmobilen oder Wohnwagen, der sogenannte Caravaning-Tourismus, sind seit Jahren ein beständiger Wachstumsmarkt. Die Corona-Pandemie hat diesen Trend verstärkt. Deutsche Tourismusregionen können durch Caravaning Tourismus ihre bestehenden Übernachtungskapazitäten erweitern, was auch für weniger stark nachgefragte Ziele abseits von Küsten und Bergen Entwicklungschancen vor allem in ländlichen Räumen bietet. Daher sieht das Positionspapier vor, bürokratische Hürden bei der Genehmigung von Reisemobil-Stellplätzen abzubauen.

Kinder sollen spielen und nicht kämpfen!

Am 12. Februar war RedHandDay - an diesem Tag forderten Menschen auf der ganzen Welt mit roten Handabdrücken, dass es keine Kindersoldaten und -soldatinnen mehr geben darf. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat dazu mit einem Stand ein Zeichen gesetzt, an dem auch Anne Janssen sich beteiligt hat.

Instabilität, bewaffnete Konflikte, Kriege und Gewalt führen weiterhin dazu, dass trotz weltweitem Verbot immer noch Zehntausende Kinder als Kindersoldaten und -soldatinnen für Kämpfe und Kriege missbraucht werden und jedes Jahr weitere Kinder zwangsgeworben werden. Häufig entführen bewaffnete Gruppen gewaltsam Kinder und Jugendliche und zwingen sie, als Kämpfer

oder Selbstmordattentäter, aber auch als Helfer für sie zu arbeiten. In anderen Fällen rekrutieren bewaffnete Gruppen Kindersoldaten und -soldatinnen, indem sie die Not und Armut von Kindern und ihren Familien ausnutzen.

Auch Mädchen werden von bewaffneten Gruppen rekrutiert. Aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Stellung in der Gesellschaft sind sie besonders verwundbar und werden Opfer von unter anderem Vergewaltigung und sexueller Gewalt, Schwangerschaft sowie Stigmatisierung und Ablehnung durch Familien und Gemeinden.

Anne Janssen konnte gemeinsam mit Dorothee Bär MdB ihre Handabdrücke und die Abdrücke ihrer Kolleginnen und Kollegen im

Rahmen ihrer Delegationsreise zu den Vereinten Nationen der Sondergesandten des VN-Generalsekretärs für Kinder in bewaffneten Konflikten, Virginia Gamba, übergeben.



Niedersächsische Landesgruppe zu Gesprächen in Athen

Als Mitglied der niedersächsischen Landesgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion konnte Anne Janssen gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen interessante Termine in Athen wahrnehmen. Im Rahmen des Besuchs stand eine Diskussion mit dem Bürgermeister der Stadt Athen, Kostas Bakoyannis, als erster Punkt auf der Tagesordnung. Im weiteren Verlauf der Reise konnte der deutsche Botschafter in Griechenland, Dr. Ernst Reichel, sehr informativ die aktuelle politische Lage in Griechenland erläutern. Einblicke in die aktuellen Herausforderungen gab es aus erster Hand von Minister für Entwicklung und Investitionen Adonis Georgiadis. Wirtschaftlich hat



Anne Janssen
mit Botschafter Dr. Ernst Reichel

Griechenland in den vergangenen vier Jahren eine erstaunliche Wende geschafft. Griechenland hat derzeit zwar die fünftniedrigste Inflation in Europa, aber die Inflation bei Lebensmitteln liegt immer noch bei 15% und die Kaufkraft des Durchschnittshaushalts ist zudem nach wie vor gering. Über die Maßnahmen, die von der griechischen Regierung dagegen unternommen werden, konnte Minister Georgiadis ausführlich berichten. Im Gespräch mit Abgeordneten des griechischen Parlaments (Vouli ton Ellinon) waren die bevorstehenden Wahlen ein wichtiges Thema, denn Griechenland hat für diese Wahlen ein neues Wahlrecht eingeführt.

— Anne Janssen holt THW Präsidenten nach Jever —

Auf Einladung von Anne Janssen MdB durfte im April das Technische Hilfswerk (THW) Jever kurz vor seinem 70jährigen Jubiläum THW Präsident Gerd Friedsam bei sich begrüßen. Die Helfer hatten lange auf diese Gelegenheit warten müssen, denn bereits kurz vor der Pandemie war ein Besuch angedacht gewesen. Der fiel dann dem Hereinbrechen der ersten Coronawelle zum Opfer und bedingt durch die verschiedenen Lockdowns und Beschränkungen hatten sich auch Nachholtermine immer wieder verschoben. Auf Bitten der Abgeordneten hatte Friedsam nun kurz vor dem Ende seiner Amtszeit die Reise in den Norden noch einmal angetreten und wurde vom Ortsbeauftragten Axel Weber uns seinem Team herzlich empfangen. Seit 1986 ist Friedsam selbst beim THW und hat in seiner Zeit fast alle Abteilungen durchlaufen.

Im Fokus des Gesprächs standen die veränderten und vor allem gestiegenen Herausforderungen an die ehrenamtlichen Mitglieder, die den weit überwiegenden Teil des THW bilden. Sie sind nicht nur als Unterstützung bei Unfällen, Starkregen oder auch Sommerfesten vor der eigenen Haustür eine unverzichtbare Hilfe, sondern reisen zu Hilfseinsätzen quer durch Deutschland und rund um die Welt. So waren hiesige Kräfte zum Beispiel auch nach der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal im Einsatz. Für diese Arbeit wünschen sich die Helfer wie zum Beispiel auch freiwillige Feuerwehren und andere ehrenamtliche Einsatzkräfte Wertschätzung etwa durch die ausreichende Möglichkeit zu Aus- und Weiterbildungen. Streckenweise müssen lange Wartezeiten in Kauf genommen werden und auch in der Beschaffung wichtiger Gerätschaften dürfte es schneller gehen. Besonders eine Reihe bereits zugesagter Aggregate war Stein des Anstoßes im Gespräch am Standort Jever und zeigte, wie komplex die Problematik sein kann. Denn die Finanzierung der Aggregate war nicht der Grund der Verzögerung, sondern Lieferschwierigkeiten und in manchen Fällen auch Probleme mit der Qualität. So hätten die gelieferten Geräte nicht in allen Fällen dem benötigten Standard entsprochen und konnten daher nicht an die Verbände ausgegeben

werden, wie Präsident Friedsam berichtete. Das THW sei auf dem aktuell manchmal sehr spannenden Markt leider keine Ausnahme. In der Frage nicht ausreichender Qualifizierungsmaßnahmen konnte der Landesbeauftragte Manuel Almanzor gute Nachrichten vermelden. So sei mit einem neuen Zentrum eine deutliche Aufstockung und Verbesserung der Aus- und Weiterbildung in Sicht.

“Die Frustration ist verständlich. Hier opfern Menschen einen Gutteil ihrer Freizeit, um uns allen zu helfen. Die Bundesmittel, um Ausrüstung und Qualifizierungsmaßnahmen zu finanzieren, müssen daher unbedingt planbar und in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen. Wir graben uns am Ende doch nur selbst das Wasser ab, wenn wir hier am falschen Ende sparen.”, so Anne Janssen. Sie hatte selbst noch ein Thema auf der Agenda, das aktuell Einsatzkräfte, aber auch Feuerwehr und Polizei immer mehr beschäftige. “Da werden Menschen beleidigt, bedrängt oder sogar angegriffen, während sie helfen, Gefahrensituationen auflösen, oder sogar Leben retten. Die Zahl dieser Übergriffe hat zugenommen und die berechtigte Sorge der Helfer kommt bei uns in der Politik an.” Darüber hinaus hatte Gerd Friedsam im Namen seiner Verbände

aber noch einen Appell an Anne Janssen und ihre Kollegen im Bundestag. Nicht in allen Betrieben, so der Präsident, gebe es ein ausreichendes Verständnis dafür, wenn Arbeitnehmer ihre Arbeitsstelle im Einsatzfall verlassen. Das in manchen Betrieben vorherrschende Motto ‘Die Firma geht vor’ bringe mache der Ehrenamtlichen in eine große Zwickmühle. Die große Anzahl vorbildlich unterstützender Unternehmen wolle man dabei auf keinen Fall klein reden, freue sich aber, wenn die Abgeordneten bei den Unternehmen in ihrem Wahlkreis für Verständnis, auch im Namen anderer Hilfsorganisationen, werben würden.

Bei allen Baustellen zogen die Ehrenamtlichen aber ein ausdrücklich positives Fazit. Das THW im Bundesverband und auch vor Ort in Jever habe keine Nachwuchssorgen. Die Stimmung in den durchweg sehr engagierten Einheiten sei gut und die Unterstützung der Kommune vor Ort gegeben. “Der Eifer ist da, die Leute haben Lust auf Ehrenamt und Helfen. Es gilt für die Politik, dieses Engagement so zu begleiten, dass diese Lust erhalten bleibt.”, so Anne Janssen, die sich herzlich für die zahllosen freiwilligen Stunden und das ungebrochene Engagement bedankte.



Saskia Buschmann MdL, THW Präsident Gerd Friedsam, Anne Janssen MdB, THW Ortsbeauftragter Axel Weber, Katharina Jensen MdL

— Agrarkongress in Berlin —

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat diese Woche zum Agrarkongress nach Berlin eingeladen. Über 300 Landwirte und Verbandsvertreter sind der Einladung gefolgt, um mit uns über die Zukunft der Landwirtschaft zu sprechen. Ein starkes Zeichen!

Die Veranstaltung bot eine ideale Plattform für einen fruchtbaren Dialog zwischen Politik und Landwirten, um wichtige Themen in der Agrarbranche zu diskutieren. Einmal mehr wurde deutlich, welche verheerenden Auswirkungen insbesondere die Agrarpolitik der

Ampel sowie grüne Ideologie aus Brüssel für unsere Landwirtinnen und Landwirte haben – und das in einer Zeit, wo die Herausforderungen ohnehin gewaltig sind: von der Versorgung einer wachsenden Bevölkerung über die Bewältigung des Klimawandels bis hin zur Notwendigkeit des Umbaus der landwirtschaftlichen Tierhaltung.

Pragmatische Lösungen sind jetzt gefragt! Es braucht keine weiteren Verbote, Bevormundungen oder leeren Ankündigungen, sondern eine Politik, die wieder Hand in Hand mit den

Landwirten zusammenarbeitet. Planungssicherheit lautet das Gebot der Stunde – und das betrifft sowohl die Nutztierhaltung als auch die Transformation hin zu einer klimafreundlichen und nachhaltigen Landwirtschaft. Wir als Union konzentrieren uns auf eine Politik, die unseren Landwirtinnen und Landwirten eine langfristige Perspektive und wirtschaftliche Stabilität bietet, während gleichzeitig Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden. Insgesamt war es ein konstruktiver und wichtiger Austausch.

Ampel kommt ihrer Verantwortung beim Wolf nicht nach



Er beschäftigt Weidetierhalter, Schäfer, Kommunen, Jäger und nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger – der Wolf und der Umgang mit Wolfsbeständen sind seit Langem nicht nur heiß diskutiert, sondern besonders auch in unserer Region ein dauerhafter Sorgenquell. „Auch mich erreichen wie meine Kolleginnen und Kollegen regelmäßig Anfragen und Anschreiben.“, berichtet Anne Janssen. „In unserer Region geht es dabei nicht nur um den Schutz der Weidetiere und Menschen, sondern zum Beispiel auch der Deiche. Deichschafe sind immer wieder Opfer von Wolfsrissen, die aktuellen Schutzmaßnahmen können daran kaum etwas ändern.“

Der Wolfsbestand in Niederachsen, so das Wolfsmonitoring der Landesjägerschaft, hätte

sich inzwischen gut entwickelt. Aktuell sollen rund 46 Wolfsrudel zusammen mit einigen Paaren und auch zwei Einzelwölfen ansässig sein. Deutschlandweit ist von einem Bestand zwischen 1.500 und 2.700 Tieren auszugehen. „Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich schon länger für eine Überarbeitung der aktuellen Regelungen ein. Dass bei diesem Thema eindeutig Handlungsbedarf besteht, hatte auch die Regierungskoalition noch so im Koalitionsvertrag festgehalten. Doch seitdem ist nichts passiert.“ Daher hatte die Fraktion im letzten Herbst den Antrag 'Ausgewogene Balance zwischen dem Schutz von Mensch und Tier sowie dem Artenschutz herstellen – Bejagung des Wolfes im Rahmen eines Bestandsmanagements ermöglichen' eingebracht, der jedoch in diesem Frühjahr in namentlicher Abstimmung abgelehnt wurde. „Es geht niemandem darum, dass der Wolf verschwindet. Wir brauchen aber ein effektives Bestandsmanagement.“, so Janssen. Dies hatte unter anderem auch ein Zusammenschluss der Küstenjägerschaften in einer ge-

meinsamen Resolution kurz vor Ostern gefordert und damit wie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Modell gefordert, das in anderen EU-Staaten bereits praktiziert wird. Eine Ergänzung wären für besonders gefährdete Gebiete etwa auch wolfsfreie Zonen, zum Beispiel zum Schutz von Deichschafen. „Die Menschen immer wieder auf mobile Zäune zu verweisen, kann angesichts der steigenden Anzahl von Wolfsrissen kein ernst gemeinter Lösungsvorschlag sein. Darüber hinaus herrschen beredtes Schweigen und Untätigkeit. Meine Kollegen und ich werden in dieser Sache nicht locker lassen, denn so geht es nicht weiter. Zumal jede Entnahmeentscheidung zu einem Spießrutenlauf für alle Beteiligten wird.“

Eine Überarbeitung und Verbesserung des Regelwerks gemäß der im Koalitionsvertrag attestierte Notwendigkeit sei die einzige Lösung. „Das Problem verschwindet nicht vom Wegsehen und unsere gemeinsamen Anstrengungen werden es auch nicht.“

Mutterschutz auch für Selbstständige: Union fordert mehr Unterstützung

Deutschland braucht den weiblichen Mittelstand. Gründerinnen und Selbstständige stärken den Arbeitsmarkt, kreieren neue Produkte sowie Dienstleistungen und erschließen neue Märkte. Doch Schwanger- und Mutterschaft bedeuten auch heute noch eine existenzielle Bedrohung für Selbstständige – gerade in der Gründungsphase. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist deshalb insbesondere für Gründerinnen und Selbstständige ein zentrales Lebensthema. Wenn Schwangerschaft und Geburt den Ausfall der Geschäftsführerin, Meisterin oder der Einzelunternehmerin bedeuten, kommt es schlimmstenfalls zum Betriebsstillstand.

Denn viele Arbeitsschutzvorschriften, insbesondere die des Mutterschutzgesetzes, gelten nicht für Selbstständige. Dazu gehören auch die finanziellen Regelungen und die Schutzfristen nach dem Mutterschutzgesetz. So gibt es für Selbstständige bspw. keine Absicherung während der Schwangerschaft bei entsprechenden Einschränkungen (analog den Beschäftigungsverboten nach dem Mutterschutzgesetz) außerhalb der Mutterschutzfristen.

Und auch die Elterngeldregelungen bilden die Lebensrealität von Selbstständigen unzureichend ab. Für Unternehmer ist es nahezu unmöglich, Arbeitszeiten und Zuverdienst bei der Beantragung des Elterngeldes verbindlich festzulegen. Hinzu kommt, dass durch verspätet erfolgte Zahlungseingänge für bereits vor dem Elterngeldbezug erbrachte Leistungen die

Rückzahlung des Elterngeldes droht und auch die Fixkosten im Zusammenhang mit dem Fortbestehen des Unternehmens wie z. B. die Miete für Geschäftsräume nicht berücksichtigt werden.

Vor diesem Hintergrund macht die Unionsfraktion nun Druck und fordert die Bundesregierung in dem Antrag „Schwanger- und Mutterschaft für Gründerinnen und Selbstständige erleichtern“ auf, kurzfristig einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Anpassungen in Höhe und Umfang des Mutterschaftsgeldes der gesetzlichen Krankenversicherung sowie entsprechende Möglichkeiten einer Erweiterung der Krankentagegeldversicherung in der Privaten Krankenkasse vorsieht. Zudem soll eine Anlaufstelle eingerichtet werden, bei der sich Selbstständige über Möglichkeiten und Ansprüche informieren könnten. Auch das Elterngeld muss an die Lebensrealität von Selbstständigen angeglichen und Zahlungseingänge während des Elterngeldbezuges auf den Zeitpunkt der erbrachten Leistungen abgestellt werden. Arbeitsschutzvorschriften müssen zudem genauso für Selbstständige gelten und beruflich veranlasste Kinderbetreuungskosten könnten steuerlich absetzbar sein. Prüfbar ist zudem, das System von Betriebs Helfern nach dem Vorbild der Landwirtschaft für alle Wirtschaftszweige einzurichten, um die Arbeitskraft der schwangeren Unternehmerin ersetzen zu können.

Innerhalb der ersten Plenardebatte am 14. Juni

2023 erkannten auch die Ampelfraktionen den Handlungsbedarf an, ein entsprechender Gesetzentwurf aus dem Hause von Familienministerin Lisa Paus ist bisher jedoch nicht in Sicht. Die Abgeordnete Anne Janssen wird sich weiter für die Unterstützung von Gründerinnen und Selbstständigen einsetzen.



Ampel-Chaos beim Gebäudeenergiegesetz

Das Gebäudeenergiegesetz der Bundesregierung ist unsozial und erweist dem Klimaschutz einen Bärendienst. Wie genau eine Förderung des Heizungsumbaus ausgestaltet sein soll, ist völlig offen. Eines ist jedoch klar, Leidtragende sind die Bürgerinnen und Bürger. Die Bundstagsabgeordnete Anne Janssen kritisiert den Vorschlag der Koalition eindeutig: "Die Ampel verunsichert Millionen Eigentümer und Mieter. Wir wollen eine Wärmewende, die mit und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger gelingt. Einseitig auf die Wärmepumpe zusetzen, führt in die energiepolitische Sackgasse. Wir brauchen neben der Wärmepumpe die ganze Breite klimafreundlicher Lösungen – von Wasserstoff über Holzpellets bis zu Wärmenetzen. Für diese Alternativen schraubt die Regierung die Anforderungen jedoch unerfüllbar hoch." Die angestrebte Wärmewende wird nur zum Erfolg, wenn für jedes Haus die individuell beste Lösung ermöglicht wird und bei der Umsetzung keine finanziellen Überforderungen entstehen. Für Millionen Menschen in Deutschland ist weiter unklar, welche Vorgaben und Kosten schon im nächsten Jahr auf sie zukommen werden. Nach langen internen Streitigkeiten um diesen Entwurf konnte sich die Ampel-Koalition jedoch trotzdem nicht auf die Finanzierung der versprochenen Unterstützung einigen. Für die Unionsfraktion ist klar, dass es besser gewesen wäre, die Umstellung der privaten Haushalte auf klimaschonende Heizungen so zu belassen, wie dies von der vergangenen Bundesregierung beschlossen worden war: Mit einer angemessenen Förderung der privaten Haushalte und festem Vertrauen in die Wirkungsmechanismen der gerade in dieser Woche ebenfalls beschlossenen europäi-

schen Regelungen für die zukünftige Bepreisung von CO₂-Emissionen. Die Ampel schafft mit ihrem öffentlichen Streit maximale Verunsicherung. Anstatt Änderungen in ihrem Gesetzentwurf vorzunehmen, um die genannten Probleme zu adressieren, wurden nur unverbindliche "Leitplanken" veröffentlicht. Danach soll es eine bessere Verzahnung mit der kommunalen Wärmeplanung und ein späteres Inkrafttreten für Bestandsgebäude geben, es soll technologieoffen (z. B. auch Biomasse im Neubau) sein, es soll Änderungen beim Vermieter-/Mieterverhältnis vorgenommen werden und auch die Förderung wurde noch einmal angesprochen. Ob diese Änderungen auch umgesetzt werden, ist unklar: Denn eingebracht wurde der Gesetzentwurf in den Bundestag zur ersten Lesung in der ursprünglichen Fassung. Die CDU/CSU-Bundstagsfraktion wird sich in den noch vor der Sommerpause stattfindenden Beratungen in den Ausschüssen klar dafür einsetzen, dass dieser Gesetzentwurf nicht in dieser Fassung umgesetzt wird.



Fachgespräch der CDU/CSU-Fraktion: Dreiklang von Tourismus, Kultur und Veranstaltungsbranche stärken

Die Veranstaltungsbranche, Kulturangebote und die Tourismuswirtschaft stehen miteinander in enger Verbindung. Konzerte, Musikfestivals, Messen und Kongresse sind oft Anlass für Tages- oder Übernachtungsreisen. Sie tragen auch zur Attraktivität und Lebensqualität von Städten und Regionen bei. Die Veranstaltungs- und Tourismuswirtschaft haben besonders unter der Coronapandemie gelitten und ihr vorheriges Niveau häufig noch nicht wieder erreicht. Vor allem viele kleine und mittelständische Unternehmen kämpfen mit gestiegenen Produktionskosten, hohen Energiepreisen, Fachkräftemangel und zögerlichen Buchungen. Wie können wir die Veranstaltungsbranche stärken? Wie sollten Kultur und Tourismus noch besser zusammen gedacht werden? Kann die Vernetzung mit der Tourismuswirtschaft noch verbessert werden? Welche Rahmenbedingungen sollten wir ändern? Mit welchen parlamentarischen Initiativen können wir die Veranstaltungs- und Tourismuswirtschaft unterstützen? Diese Fragen haben Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion gemeinsam mit Experten und Touristikern aus der Praxis diskutiert.

Dauerhaft 7 % MwSt. auf Speisen!

Termine · Veranstaltungen



Besuch der KGS Friesland-Nord, Foto: Stefan Wenzel

Termine · Veranstaltungen



Thekentalk mit Katharina Jensen MdL
Foto: Christel Bartelmei



10. Klasse des Niedersächsischen Internatsgymnasium Esens zu Besuch in Berlin



Schüler übergeben Anne Janssen ein Geschenk, Besuch der KGS Friesland-Nord
Foto: Stefan Wenzel



Gespräch mit Inhaber Dr. Rolf Bruns, Apotheke am Rathaus Zetel
Foto: Beate Wedermann



Dr. Uwe Katzky, Thomas Riöwekamp MdB, Anne Janssen MdB, Klaus Bock-Müller, Besuch Szenaris Bremen



Anne Janssen MdB und Geschäftsführer Roland Dupak, Austausch ARGE Wittmund
Foto: ARGE Wittmund



Anne Janssen, Dozent des Abends Prof. Dr. Sebastian Lehnhoff, Katharina Jensen MdL, Thema Cybersicherheit im Energiesektor



Wahlkreisbüro

Anne Janssen

Mitglied des Bundestages

Am Kirchplatz 4 · 26441 Jever
Telefon: 044 61 7586144
anne.janssen@bundestag.de

Foto: Tobias Koch, Berlin



www.annejanssen.de
fb.me/annejanssen2021
instagram.com/anne_janssen_26/

CDU